

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/75

Bonn, den 22. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 1 a

Eine Idylle?

60

Demokratie muß erlebt und erlernt sein

2

Intoleranz zeugt Intoleranz

30

Ein Wort zur Genesis der innerdeutschen Unruhe

3 - 4

Wovon lebt der Abgeordnete?

95

Von Fritz Büttner, MdB

5

"Nobelste Gilde aller Seeleute"

42

Zum Jahrbuch 1968 der Deutschen Gesellschaft
zur Rettung Schiffbrüchiger

* * *

Eine Idylle?

Demokratie muß erlebt und erlernt sein

G.M. - Seit den turbulenten Ostertagen haben zwischen Studentengruppen, Politikern und politisch engagierten Gewerkschaftern zahlreiche Besprechungen und Diskussionen stattgefunden, in denen erörtert wurde, welches die Ursachen der Unruhen sind, mit welchen Mitteln man ihnen begegnen könne oder müsse und ob es eine Möglichkeit gebe, den demokratischen Staat ohne Schaden weiter zu festigen.

Entkleidet man einmal diese Diskussionen ihrer durch Emotionen bedingten Aufschreie, dann ergibt sich folgendes Bild:

Viele Studenten meinen, erst durch das Auftreten ihrer Aktivgruppen und erst durch die Konfrontation mit der Executive, der Polizei, seien "die Regierenden" auf die Idee gekommen, daß in unserem demokratischen Staat nicht alles so ist, wie es sein sollte. "Die Regierenden" ihrerseits geben in ihren Gesprächen mit den Studenten zu, daß die studentischen Behauptungen im Kern zwar nicht ganz falsch seien, sagen aber gleichzeitig, daß die zur Beseitigung von Fehlentwicklungen in der Demokratie angewandten Krawallmethoden mit Strenge zurückgewiesen werden müßten.

Wenn dann versucht wird, in Detail zu ergründen, was in unserer Gesellschaft besser sein sollte, versendet die Diskussion meist in allgemeinen Vorwürfen.

Bisher ließ sich nur eines mit Sicherheit feststellen: A l l e an den Diskussionen beteiligten Gruppen und Persönlichkeiten sind sich darüber einig, daß auch ein demokratischer Staat keine Idylle ist, ja, daß er - um überhaupt existieren zu können - der permanenten Diskussion und des aktiven Engagements im Sinne des Drängens auf Verbesserungen und Fortschritt bedarf.

Nun gibt es bei den Studenten einige Gruppen, die grundsätz-

lich meinen, der demokratische Staat oder die parlamentarische Demokratie seien überholt; sie dienten nur der Festigung der Macht des sogenannten Establishment. An ihre Stelle müsse eine irgendwie geartete "Macht der Räte" gesetzt werden.

Geschichte und Erfahrung zeigen, daß eine etablierte Räte-macht sich immer nur mit Gewalt gegen die Mehrheit des Volkes behaupten kann. Instinktiv lehnt daher wohl die überwiegende Mehrheit unseres Volkes ein solches System ab. Auch die "Macht der Gruppen", wie sie in Staaten mit einer Ständeorganisation etabliert wurde, wirkt sich in der Praxis immer gegen die Mehrheit des Volkes aus.

Was bleibt also? Zunächst das Eingeständnis, daß die Demokratie die wohl am schwierigsten zu handhabende aller Staatsformen ist. Es bleibt aber auch die Erkenntnis, daß eben diese Demokratie von der Aktivität nicht nur der etablierten Gruppen, sondern auch von dem Einsatzwillen jener Gruppen lebt, die sich im Augenblick noch als Außenseiter betrachten.

Außenseiter geraten meist in die Gefahr sich von der Mehrheit des Volkes zu isolieren. Rudi Dutschke hat dies erkannt, als er seinen Freunden sagte, sie müßten ihre Forderungen so vertreten, daß die Mehrheit des Volkes sie versteht und daß jeder weiß, nicht das Mittel der Gewalt, sondern die Überzeugungskraft des Arguments werde etwas verändern.

Es mag vielleicht noch verfrüht sein, diesem Gedanken schon einen praktischen Wert bei dem Suchen nach einem Ausgleich zwischen den Drängenden und den Regierenden beimessen zu wollen. Vielleicht denken die Drängenden aber einmal darüber nach, ob nicht auch unter den Regierenden zahlreiche Persönlichkeiten zu finden sind, die unseren demokratischen Staat nicht für alle Zeiten mit dem Gütezeichen "keine Experimente" ausgestattet sehen wollen. Sie werden dabei sicher entdecken, daß mancher auch von ihnen selbst angestrebte Fortschritt nicht aus bösem Willen nicht zustande kommt, sondern wegen objektiver Schwierigkeiten, die vor einem "nächsten Schritt" bewältigt werden müssen.

Intoleranz zeugt Intoleranz

Ein Wort zur Genesis der innerdeutschen Unruhe

sp - "Im Jargon gibt es bei den Linksradi kalen und den Rechtsradikalen kaum noch Unterschiede." Diese Feststellung Herbert Wehners hat die erschütternde Parallele, wenn nicht oft sogar schon Identität des Denkens und des Artikulierens der Gruppen auf der äußersten Linken und der äußersten Rechten aufgedeckt. Darüber hinaus wird in diesen Flügel-Außerungen der absolute Mangel an Toleranz sichtbar, ein Vorgang freilich, der keineswegs auf solche Gruppen beschränkt ist, die man gemeinhin als Extremisten zu bezeichnen pflegt.

In die Diktion auch sogenannter konservativer Kreise hat sich, freilich nicht erst seit gestern, ein Ton eingenistet, der der Toleranz völlig entbehrt und damit den Extremen Vorschub leistet. Die außer der Verantwortung der Redaktion eines GroÙkonzern-Sonntagsblattes erscheinenden konservativen Kommentare etwa lockern den Boden für Intoleranz und säen selbst Intoleranz. Der Jargon ist adäquat, wie man Sonntag für Sonntag mit Betroffenheit feststellen kann. Die Art und Weise, in der hier allwöchentlich irgend jemand oder irgendetwas "fertiggemacht" wird, entspricht den Gebräuchen und den Formulierungen des "Neuen Deutschland". Nur ist das Vorzeichen hierzulande konservativ, was immer man auch darunter verstehen mag.

Diese konservative Intoleranz, durch Jahre hindurch unter dem Beifall der Bürger gepredigt und geschrieben, ist für ihren Teil mitverantwortlich für die Intoleranz, die uns in diesen Tagen aus dem Gewalt-Geschrei der Gruppen auf der äußersten Linken entgegenhallt. Wobei man schließlich doch wohl auch nicht übersehen darf, daß die konservativen Intoleranten reife Männer, manchmal a l l z u reife Männer sind.

Wovon lebt der Abgeordnete ?

Von Fritz Büttner, MdB

Die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion, die in den letzten Jahren entsprechend gefaßter Parteitagebeschlüsse gehandelt und gewirkt haben, stehen oft im Kreuzfeuer der Kritik in der eigenen Partei. Als "Koalitionsgeschädigte" haben sie es in ihrem Wahlkreis und auch sonstwo nicht immer leicht. Ich will von den vielen Problemen, die anstehen, nur einige wenige herausheben:

- * 1. Es wird kritisiert, daß die Sozialdemokraten Heinrich Lübke zum Bundespräsidenten gewählt haben. Wissen die Vergeßlichen nicht mehr, daß der Sozialdemokrat Professor Carlo Schmid hätte Bundespräsident werden können, wenn die FDP nicht fünf Minuten vorher die schriftliche Erklärung in Berlin abgegeben hätte, daß sie für alle drei Wahlgänge Dr. Bucher benennt und daß Heinrich Lübke Bundespräsident im 3. Wahlgang nur mit den Stimmen der ODU/CSU geworden wäre? Verlangte das Amt des ersten Repräsentanten nicht eine Kehrtwendung durch die Bundesversammlung?
* Daß Heinrich Lübke sich erst so spät zu seiner Tätigkeit in Deutschlands schwerster Zeit geäußert hat, bedauere ich wie Millionen andere.
- * 2. Die Große Koalition wird uns vorgeworfen. Ich habe aus Verantwortung für die Große Koalition gestimmt, weil die FDP gegen die dynamische Rente und gegen die Mitbestimmung ist. Aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen ist die FDP für mich kein Partner. Ich bin der Meinung, daß neun Millionen Rentner in der Bundesrepublik von der dynamischen Rente und nicht von den kulturpolitischen Vorstellungen einer labilen FDP leben.
* Unser Justizminister, mittlerweile dreifacher Doktor, hat in der SPD-Bundestagsfraktion in einer zehnstündigen Nachtsitzung vom 26./27. November 1966 einen Satz gesprochen, der bis heute in meiner Erinnerung geblieben ist und der auch nachträglich noch eine Begründung für mein Verhalten ist. "Der Kern aller Glaubwürdigkeit ist die Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung." Ich bereue meine Haltung nicht. Bei der Entscheidung ging es um die Sicherheit des Arbeitsplatzes und um die Stabilität der Mark.
- * 3. Die Notstandsgesetzgebung, mit der wir uns schon acht Jahre herumwälzen, ist willkommenes Thema der Kritiker. Auch hierzu einen Satz des schon zitierten Justizministers: "Das Recht schützt den Schwachen, der Mächtige bedarf des Gesetzes nicht, im Gegenteil, es ist ihm unbequem." Wir sollten uns Mühe geben, durch die feste Friedenspolitik den Frieden zu erhalten. Wir sollten aber auch getreu den Parteitagebeschlüssen alle Anstrengungen machen, daß wir im Falle des äußeren Notstandes ein Gesetz zum Schutz der Demokratie und des Volkes haben, um jetzt schon aus der alliierten Notstandsgesetzgebung herauszukommen.

Wenn ich diese drei Punkte, die sich ergänzen ließen, herausgestellt habe, so will ich nur noch einen Satz anfügen. Ob ich in Partei- oder Gewerkschaftsversammlungen rede, ich tue es immer nur mit einer Zunge. Es ist leichter, dem Volke nach dem Munde zu reden. Man kommt dann besser an. Ich halte es für meine Pflicht, für meine Partei und für mein Volk in allen Fragen so zu handeln, wie es mir mein Gewissen vorschreibt.

Die Leser vorstehender Zeilen werden sich fragen, was hat das mit der Überschrift zu tun? Ich wollte auf etwas anderes heraus. Bei aller Kritik, die wir als Verantwortliche erdulden müssen, gibt es außer Aufwandsentschädigungen und jetzt beschlossener Altersversorgung noch etwas, was uns das politische Leben lebenswert macht. Wie der Künstler nicht nur von der Gage, sondern auch von dem Applaus lebt, so lebt der Abgeordnete auch von ein wenig Anerkennung. Anerkennung findet der Abgeordnete, der sich in seinem Wahlkreis um Einzelschicksale kümmert. Der Händedruck eines Rentners, dem ich in einer Rentensache helfen konnte, die glücklichen Augen eines jungen Ehepaars, denen man in einer Wohnungssache behilflich sein konnte, die erkennenden Worte in einer Versammlung von Kriegsveteranen oder Heimkehrern oder Sportlern tun einem Abgeordneten gut.

Ich konnte einer älteren Witwe eine höhere Rente verschaffen. Sie kam jedes Jahr zu Weihnachten zu meinem Geburtstag mit drei roten Nelken. Dann las ich in der Todesanzeige "Mitglied der SPD". Am Tage der Rentennachzahlung war sie zum Parteibüro gegangen, um als erstes eine Beitrittserklärung zu unterschreiben und dann erst einige notwendige Möbelstücke zu kaufen. Wir hatten vorher über den Beitritt zur Partei nicht gesprochen.

Ein anderer Rentner, der einige tausend Mark Nachzahlung erhielt, wollte mir in meinem Arbeitszimmer in Bonn 100.-- DM schenken. Weil ich sie nicht annahm, hat er in der Buchhandlung des Bundeshauses das Zille-Buch "Großes Herz für kleine Leute" gekauft.

Die Beispiele ließen sich in zahlreicher Reihenfolge ergänzen. Vielleicht lächelt der eine oder andere über meine Zeilen. Das mag ihm unbenommen sein. Ich finde, der Abgeordnete lebt nicht nur von der wie in keinem anderen Stand so in die öffentliche negative Kritik gezerrten Aufwandsentschädigung, sondern auch von dem, was er in seiner Tätigkeit für andere im großen und kleinen erreicht. Wer als Abgeordneter von sich sagen kann, daß er bei allen wichtigen Entscheidungen, wenn er nicht krank war, dabei war, daß er sich in seinem Wahlkreis um die Menschen gekümmert hat, daß er vor sich selbst in treuer Pflichterfüllung bestehen kann, daß er seinen Beitrag geleistet hat, den Artikel 20 des Grundgesetzes vom sozialen Rechtsstaat mit Leber versehen, der lebt von dem Auftrag, den ein Dichter in die Worte gekleidet hat:

"Wir sind nicht geboren, die Welt nur hinzunehmen und zu erklären, wir sind dazu da, sie zu verändern, und zwar nach den Kräften, die in uns gelegt sind und die da heißen: Wahrheitsliebe und Menschenliebe."

"Nobelste Gilde aller Seeleute"

Zum Jahrbuch 1968 der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger

sp - Mit ihrem soeben erschienenen Jahrbuch 1968 legt die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, die ein Schweizer "die nobelste Gilde aller Seeleute" nannte, einen eindrucksvollen Rechenschaftsbericht vor und dankt ihren zahlreichen Freunden und Förderern, die allein durch freiwillige Spenden das Seenotrettungswerk ermöglicht haben. Schwere und anhaltende Sturmperioden, die sich im Februar, im Oktober und Dezember zu vollen Orkan mit gewaltigem Seegang steigerten, sind vor allem in der Nordsee zahlreiche Schiffe und leider auch viele Seeleute zum Opfer gefallen.

Stärker noch als alle Hilfsbereitschaft der Retter, stärker als alle moderne Technik erwiesen sich in einzelnen Fällen die Naturgewalten. So auch in der Unheilsnacht zum 24. Februar, in der mehr als 80 Seeleute in der Nordsee umkamen, und in der auch die erfahrene und bewährte Besatzung des Helgoländer Seenot-Rettungskreuzers "Adolph Bernpohl" nach zunächst geglückter Rettungsfahrt auf See blieb. Seit mehr als einem halben Jahrhundert hat ein so schweres Unglück die Rettungsgesellschaft nicht mehr betroffen, obgleich seither etwa 30.000 Einsatzfahrten in Seenot- und Gefahrenfällen durchgeführt und 13.000 Menschen gerettet wurden. Die detaillierte Schilderung dieses Unglücks läßt erkennen, daß dem Menschen Grenzen gesetzt sind durch die Gewalten der See und daß der freiwillige Einsatz der Rettungsmänner auch heute noch immer wieder nahe dieser Grenze geleistet wird.

Mit 723 Einsatzfahrten in Seenot- und Gefahrenfällen war das vergangene Jahr das bisher arbeitsreichste, und 871 Menschen konnten dabei aus Seenot gerettet werden, unter ihnen 97 Ausländer.

Dass nur die Hälfte der Geretteten Fischer und Seeleute waren, während etwa in der gleichen Zeit Wassersportler und Badegäste die Hilfe der Rettungsboote in Anspruch nahmen, gibt Veranlassung, erneut auf die Gefahren der See hinzuweisen und Binnenländer zu warnen, ohne ausreichende Kenntnisse und mit unzureichenden oder schlecht ausgerüsteten Fahrzeugen sich und andere in Gefahr zu bringen, wie das leider in jedem Sommer wieder und zunehmend geschieht. Durch verantwortungslosen Leichtsinns werden während der Badesaison immer wieder umfangreiche und kostspielige Such- und Rettungsaktionen ausgelöst, die oft nicht einmal zum Erfolg führen, weil die in Seenot Geratenen sich nicht mehr bemerkbar machen können. Sachlich und nüchtern berichten die Rettungsmänner nach jeder Einsatzfahrt an die Zentrale in Bremen. Kollisionen im Nebel, Strandungen auf Riffen und Bänken, Notlandungen von Flugzeugen im Watt, Havarien von Yachten, Wassereinbrüche in schwerer See, Übergehen der Ladung und Motorschäden, das sind die immer wiederkehrenden Unfallursachen. Welche Strapazen die Rettungsmänner dann freiwillig auf sich nehmen, steht in ihren Berichten nur zwischen den Zeilen.